

italienischen Volkes überbringen, sowie den Ausdruck unserer aufrichtigen Sympathie und den wärmsten Wunsch für sein Wohlergehen. Die Unterredungen und der persönliche Kontakt, die ich in diesen Tagen mit den Vertretern der Reichsregierung zu haben hoffe, haben für mich die größte Bedeutung, und ich bin sicher, daß ihre Ergebnisse einen neuen Beweis der guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit geben werden, von der unsere Regierungen beseelt sind, und die nicht verfehlt wird, im Rahmen der allgemeinen internationalen Zusammenarbeit die besten Wirkungen zu zeitigen."

### Die offiziellen Besuche

Kurz nach 11 Uhr stattete Grandi in Begleitung des Botschafters Dr. Brünig Reichskanzler Dr. Brüning und im Anschluß hieran Staatssekretär Dr. von Bülow einen Besuch ab. Dr. Brüning und Dr. von Bülow erwiderten hierauf die Besuche.

Der Staatssekretär der Auswärtigen Ämter gab zu Ehren des italienischen Außenministers Grandi und Frau Grandi ein Frühstück im Hotel Adlon, an dem u. a. die Herren der Begleitung Grandis, der italienische Botschafter Dr. Brünig und Frau, sowie von deutscher Seite der Reichskanzler, Staatssekretär Meißner und Frau, Botschafter von Schubert und Frau, Staatssekretär Pünder und Frau, Staatssekretär z. D. Freiherr von Rheinbaben und Frau und leitende Beamte des Auswärtigen Ämtes sowie Persönlichkeiten aus der Berliner Gesellschaft teilnahmen.

### Die erste politische Unterhaltung

Bereits Sonntagvormittag kam es zur ersten politischen Unterhaltung zwischen dem Reichskanzler und Grandi. Grandi besprach bei dieser Gelegenheit in einer dreiviertelstündigen Unterredung mit dem Kanzler die einzelnen politischen Probleme.

### Die Trinksprüche

Auf dem zu Ehren des italienischen Außenministers Grandi und seiner Begleitung gegebenen Abendessens brachte Reichskanzler Dr. Brüning folgenden Trinkspruch aus:

"Herr Minister! Im Namen der Reichsregierung heiße ich Eure Excellenz in der Reichshauptstadt herzlich willkommen und bitte Sie, unseren Willkommensgruß auch Ihrer Excellenz Frau Grandi übermitteln zu wollen.

Ihr Besuch, Herr Minister, ist für uns alle eine um so größere Freude, als er die erwünschte Gelegenheit gibt, den vor kurzem bei unserem Besuch in Rom eingeleiteten politischen Gedankenaustausch fortzusetzen. Mit freudiger Genugtuung haben wir davon Kenntnis genommen, daß Seine Excellenz der Chef der italienischen Regierung gleichfalls die Absicht hat, meiner Einladung nach Berlin zu folgen. Niemand ist ein solcher, unmittelbarer Gedankenaustausch zwischen den verantwortlichen Leitern der internationalen Politik notwendiger gewesen als jetzt, wo wir vor den ernstesten und schwersten Problemen stehen, die wir durch die gemeinsamen Anstrengungen aller beteiligten Regierungen und Völker zu lösen haben. Ich hoffe, daß der Aufenthalt in unserer Hauptstadt Ihnen, Herr Minister, weitere Beweise dafür liefern wird, daß wir Deutschen unser Bestes daran setzen, die Not der Zeit durch zähe Arbeit zu überwinden, wobei wir uns wohl bewußt sind, daß das Ziel nur durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten aller Völker erreicht werden kann. Das deutsche Volk fühlt sich allen denen innertlich verbunden, die gewohnt sind, vergangenen Hader ruhen zu lassen und die ganze Kraft den Aufgaben der Gegenwart, den Forderungen der Zukunft zu widmen. Mit ehrlicher Bewunderung sehen wir das mit jugendlicher Energie aufstrebende italienische Volk zur freien Entfaltung seiner reichen Kräfte fortschreiten, wir sehen, daß auch dort derselbe unbeugsame Lebenswille herrscht, wie bei uns, und daß auch dort das Heil der Menschheit in der lebendigen Fortentwicklung gesucht wird. Das läßt uns Deutsche hoffen, jenseits der Alpen volles Verständnis zu finden für unseren Kampf gegen die wirtschaftliche Not und für unser Streben nach Freiheit und Gleichberechtigung.

In dieser Hoffnung erhebe ich mein Glas auf das Wohl Sr. Majestät des Königs von Italien, auf das Wohl Sr. Excellenz des Herrn Chieffs der italienischen Regierung, auf das Wohl Eurer Excellenz und auf die Zukunft des italienischen Volkes."

Außenminister Grandi erwiderte mit folgendem Trinkspruch:

"Herr Reichskanzler! Eurer Excellenz danke ich aufrichtig auch im Namen meiner Frau für den so herzlichen Empfang, der uns in der Reichshauptstadt bereitet worden ist, und für die lebenswürdigen Worte, die Sie an uns gerichtet haben. Als der Chef der italienischen Regierung mit den willkommenen Auftrag erteilte, Eurer Excellenz und der Reichshauptstadt diesen Besuch abzustatten, und die freundschaftlichen Unterredungen, die wir in Rom hatten, fortzusetzen, hat er dem besonderen Wunsch Ausdruck gegeben, daß ich Ihnen seinen herzlichsten Gruß überbringe und Ihnen beständige, daß er hofft, es möge sich bald eine günstige Gelegenheit bieten, um der lebenswürdigen Einladung Eurer Excellenz zu folgen und um persönlich die Unterredungen fortzusetzen.

Seien Sie versichert, Herr Reichskanzler, daß man auch bei uns den entlagungsvollen Opfermut, die männlichen Tugenden und den Arbeitseifer des deutschen Volkes bewundert, wie wir auch die weise und erleuchtete Arbeit in ihrem ganzen Wert erkennen, die Eure Excellenz zum Besten Ihres Volkes leisten.

Italien hat stets genau verstanden, welch wichtiger Anteil Deutschland in der Geschichte und dem Leben der Welt zukommt und wie Deutschland einen unverzichtbaren Faktor unserer Kultur darstellt. Wir alle haben die Gewißheit, daß Ihr großes Volk nach Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten mit erneuter Kraft und voller Vertrauen seinen Weg einer sicheren Zukunft entgegen fortsetzen wird.

Frei von jedem Vorurteil ist das italienische Volk davon überzeugt, daß die Grundlagen einer fruchtbringenden internationalen Zusammenarbeit in der Gerechtigkeit, in der Gleichheit der Rechte, in gegenseitigem Vertrauen, im Verständnis für die wechselseitigen Notwendigkeiten und in einer harmonischen Entwicklung der lebenswichtigen Kräfte und Interessen eines jeden einzelnen zu finden sind.

## Notverordnungen und Gemeinden.

Tagung der bürgerlichen Kommunalpolitiker

Leipzig, 26. Oktober.

Die Bürgerliche Kommunalpolitische Zentralstelle Sachsens, die rund 12 000 bürgerliche Beordnete der sächsischen Gemeinden erfaßt, hatte für Sonntag nach Leipzig zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerufen, um zu der durch die Notverordnungen für die Gemeinden geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Eine wie große Bedeutung der Leipziger Tagung beigemessen wurde, bewies die überaus große Teilnahme von Gemeindevertretern aus allen Teilen Sachsens. Der Ministerpräsident und der Minister des Innern ließen der Tagung beste Wünsche übermitteln.

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Leipzig kennzeichnete in eingehenden Darlegungen die hauptsächlichsten für die Gemeinden in Betracht kommenden Bestimmungen der Notverordnungen. Zur Mietzinssteuer und dem Wohnungsbau führte er u. a. aus: Die Ueberweisung von 20 Prozent der Mietzinssteuer an die Hausbesitzer, die durchaus berechtigt sei, und von weiteren 12 Prozent an den Umschuldungsfonds bringe die Gefahr mit sich, daß für den gemeindlichen Wohnungsbau überhaupt keine Mittel mehr zur Verfügung stehen und darüber hinaus der Finanzanteil der Gemeinden geschmälert werde. Für Sachsen blieben im Jahre 1932 nach den Abzügen statt 110 bis 120 Millionen Reichsmark noch rund 65 bis 70 Millionen Reichsmark aus der Hauszinssteuer übrig, während für Finanzzwecke der Länder und Gemeinden etwa 45 bis 50 Millionen Reichsmark gebraucht würden. Es sei also noch ein Sicherheitspolster vorhanden, das jedoch durch weiter erforderlich werdende Mietsunterstützungen infolge der zwanzigprozentigen Erhöhung der Hausbesitzeranteils um 5 bis 7 Millionen Reichsmark verringert werde. Angesichts dieser Sachlage entspreche für die Gemeinden die Frage, ob der öffentliche Wohnungsbau in Zukunft überhaupt noch möglich und ob er angesichts der veränderten Bevölkerungszusammensetzung in der bisherigen Weise noch notwendig sei.

Die gesamten finanziellen Auswirkungen der seit dem Sommer vorigen Jahres erlassenen Notverordnungen bezifferte Dr. Goerdeler für die sächsischen Gemeinden im laufenden Etatjahr auf rund 80 Millionen Reichsmark. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Sachsen habe sich in der Zeit vom 31. März 1930 bis zum 31. August 1931 verdreifacht, im Reich nur verdreifacht. Im gleichen Zeitraum sei die Zahl der Arbeitslosen und der Krisenfürsorgebedürftigen im Reich um 40 Prozent, in Sachsen um 50 Prozent gefallen. In diesem Jahre hätten die sächsischen Gemeinden für die Wohlfahrtserwerbslosen 110 bis 120 Millionen Reichsmark aufzuwenden, wozu noch das Gemeindefünftel der Krisenfürsorge mit 20 bis 22 Millionen komme. Die Steuerausfälle gegenüber den Voranschlägen seien auf 50 Millionen Reichsmark zu bemessen, so daß sich insgesamt eine Sonderlast von rund 185 Millionen Reichsmark ergebe. Nach Abzug der 80 Millionen Reichsmark aus den Notverordnungen und von 40 Millionen Zuweisungen aus dem 230-Millionen-Fonds verbleibe für dieses Jahre also noch ein ungedeckter Zuschußbedarf von 65 Millionen Reichsmark, der aus eigener

Kraft nicht zu decken sei. Es müsse also entweder gefordert werden, daß das Reich den sächsischen Gemeinden nochmals einen Betrag von 65 Millionen Reichsmark zur Verfügung stelle oder daß es nach den Vorschlägen des Reichsstadetages unter einstweiliger Suspendierung der Arbeitslosenversicherung eine einheitliche Arbeitslosenfürsorge mit Bedürftigkeitsprüfung schaffe.

In seiner weiteren Kritik der Notverordnungen forderte Dr. Goerdeler, daß der Einfluß der Gemeinden, die mit ihrem ganzen Vermögen für die Sparfassen haften, auf diese erhalten bleiben müsse. — In seinen Schlusssatzungen bekannte sich Dr. Goerdeler mit warmen Worten zu der Notverordnungspolitik. Die deutschen Gemeinden müßten erkennen, daß alles darauf ankomme, aus eigener Kraft zu gesunden, um nicht einen verhängnisvollen Irrtum fortzuführen, der uns schon schwere Opfer gekostet habe. Auch der Selbstverwaltung müsse man sehr viel mehr, wenn man sich hinter die Männer in den Regierungen stelle, die den notwendigen Weg beschritten haben.

Nach längerer Aussprache, in der u. a. der Präsident des Sächsischen Gemeindetages Dr. Naumann auf die Notwendigkeit hinwies, für die 14 Millionen Reichsmark Rückstände aus dem Gemeindefünftel der Krisenfürsorge ein Memoratorium zu erzielen wurde folgende Entschließung angenommen:

"Die in Leipzig am 25. Oktober tagende Versammlung der bürgerlichen Gemeindepolitiker Sachsens erkennt die Notwendigkeit zur Sparsamkeit in Reich, Staat und Gemeinden an. Es ist ausgeschlossen, aus der notleidenden Wirtschaft auf jede Weise Steuern noch herauszuholen, die wirtschaftlich zerstörend wirken müssen und die nicht den Ertrag bringen, um die Gemeinden der Gefundung entgegenzuführen, zumal der Steuerrückgang, der jetzt schon katastrophal ist, sich in Zukunft noch stärker auswirken wird. Die Gemeinden dürfen nicht den an sich Reich und Land obliegenden Aufgaben geopfert werden. Darum fordern wir, als Voraussetzungen einer wirklichen Gesundung der Gemeinden, scharfe Umgrenzung ihrer Aufgabengebiete und der ihnen zukommenden Einnahmquellen. Insbesondere müssen unverzüglich die noch fortwährend steigenden Wohlfahrtserwerbslosenlasten den Gemeinden abgenommen und vom Reich selbst getragen werden; darum Vereinfachung der gesamten Erwerbslosenfürsorge von Reich wegen.

Die Ausschaltung der Selbstverwaltung durch die Notverordnungen ist die Folge eines falsch angewendeten Gemeindeparlamentarismus. Nach wie vor aber behält die Selbstverwaltung ihren hohen ideellen Wert, wenn sie getragen wird von Selbstverantwortung; darum darf ihre Ausschaltung nur vorübergehend sein.

Die Versammelten sind bereit, in der jetzigen schweren Zeit verantwortlich mitzuarbeiten, und fordern alle bürgerlichen Gemeindevertreter auf, ihre Kraft und ihr Können in den Dienst der Allgemeinheit und der Gemeinden nach wie vor zu stellen."

### Aus dem Waldentale.

Waldenburg, 26. Oktober 1931.

#### Einzahlen, nicht Hamstern.

Die Mahnungen, die gegenwärtig an die breiten Schichten des Volkes gerichtet werden müssen, beziehen sich weniger darauf, daß überhaupt gespart werden soll, als darauf, daß sie richtig, vernünftig sparen. In schlechten Zeiten denken die Menschen meist eher an die Sicherung ihrer Zukunft als in guten, und so kann man mit Recht annehmen, daß die Not der Gegenwart den Antrieb, der überhaupt noch sparen kann, auch ein genügender Antrieb dazu ist, daß es tut. Die Tatsache, daß in der ganzen wirtschaftlichen Notzeit seit 1928/29 bis in dieses Jahr die Sparsparlagen immer noch von Monat zu Monat weitergestiegen sind, ist der beste Beweis dafür. Und da die wirtschaftliche Not etwa vor einem halben Jahr oder vor einem Jahr auch nicht wesentlich vor einem halben Jahr, ist es sicher, daß auch jetzt noch gespart wird. Die Sparsparlagen aber geben trotzdem seit dem Sommer zurück, in der Hauptache, weil die Einzahlungen nicht gehen. Diese Veränderung der Sparsparlagenentwicklung läßt deutlich erkennen, daß nicht überall vernünftig gespart wird. Es wird vielmehr gebamstert; manche Leute zahlen nicht mehr ein oder heben sogar ab, um das Geld zu Hause aufzubewahren. Gerade dadurch aber schaden sie sich am meisten, direkt wie indirekt dadurch, daß ihr Geld zu Hause allen möglichen Gefahren ausgesetzt ist, leichter ausgegeben wird und keine Anwesen bringt. Indirekt, weil durch das Hamstern das Geld in seinem befruchtenden Lauf durch die Wirtschaft gehemmt und so die allzu beruhende Wirtschaftstot und Arbeitslosigkeit vergrößert wird. Das Geld ist wie eine Maschine, die nur dann Nutzen bringt, wenn sie läuft. Die Sparsparlagen benutzen die ihnen anvertrauten Gelder, um gerade den Klein- und Mittelstand, die Handwerker, Bauern usw. finanziell zu fördern; das sind die breiten Schichten des Volkes. Wenn die Einzahlungen ausbleiben, müssen die Geldinstitute diese Kredite an die Kleinwirtschaft kündigen, um die Auszahlungen befriedigen zu können. Sparen und Einzahlen bei den Sparsparassen ist also wirkliche Selbsthilfe des Volkes. Darauf will besonders auch der diesjährige Weltspartag hinweisen, er will aufrufen gegen das Hamstern, zum Sparen!

#### Des „Ehrenbürgers“ Heimgang.

Am gelrigen Sonntag trug man unter großer und herzlicher Anteilnahme den letzten Ehrenbürger Waldenburgs zu Grabe. Nur selten ist einer Persönlichkeit der Stadt bei ihrem Heimgang eine derartige Beileidskundgebung zuteil geworden. Herr Stadtrat Kästner erfreute sich einer allgemeinen Beliebtheit in der Stadt und der weiten Umgegend. Während seines langen, an Freud und Leid reichen Lebens, wegen seiner stillen, segneten Wirksamkeit, wegen seiner vorbildlichen Pflückerfüllung, die seine geistige Arbeit forderte, ist er Hunderten, ja Tausenden bekannt geworden. Seine selbsttätigkeit in seinem umfangreichen Wissen und Können, seine reiche Erfahrung auf seinem schwierigen Arbeitsgebiete, seine echte treue, deutsche, vaterländische Gesinnung, seine jederzeit willige Hilfsbereitschaft anderen gegenüber, haben ihn vor vielen seiner Berufskollegen besonders hervorgehoben. Das Lebenswerk: die Schöpfung, Erhaltung und Erweiterung des seiner piel und gern gelesenen, weitverbreiteten Zeitung des

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Wie sämtliche übrigen deutschen Länder hat sich auch Bayern unter dem Druck der äußerst schwierigen Finanzlage gezwungen gesehen, vom Wintersemester 1931/32 an die sogenannte allgemeine Gebühr an den Hochschulen zu erhöhen, nämlich von 45 auf 60 RM. Minderbemittelte Studierende erhalten unter den gewohnten Voraussetzungen nach wie vor Befreiung oder Ermäßigung der Gebühren.

#### Polen.

Die offiziöse „Gazeta Polska“ lehnt die „Träumereien“ deutscher Blätter ab, Polen werde auf neue deutsch-polnische Verhandlungen über Abänderungen des Handelsvertrages eingehen. Etwa notwendige „Korrekturen“ könnten erst nach Inkrafttreten des Vertrages vorgenommen werden. Auch der gemäßigt rechtgerichtete Kurier „Warszawski“ vertritt die These: Keine Verhandlung, keine Konferenz, keine Aenderung, solange die Deutschen nicht den vor eineinhalb Jahren abgeschlossenen Handelsvertrag in Kraft gesetzt hätten.

#### Italien.

Die ersten Maßnahmen zur Durchführung des Industrialisierungsplanes der chinesischen Regierung sollen in der Errichtung einer von ausländischen Sachverständigen geleiteten Schule in Nanking bestehen. Diese soll chinesische Mechaniker heranbilden. Der Plan sieht den Ausbau von Häfen, Eisenbahnen, Kanälen und Straßen vor.

#### England.

Der Londoner „Daily Herald“ gibt eine Äußerung Lloyd Georges wieder, wonach dieser keineswegs zögern würde, seine Stimme einem Kandidaten der Arbeiterpartei zu geben, wenn in einem Wahlkreis kein wirklich freihändlerisch gesinnter Liberaler als Kandidat aufgestellt sei und dort ein für Freihandel eintretender Kandidat der Arbeiterpartei einem schützöllnerischen Konservativen gegenüberstehe.

#### Amerika.

Der Weltkongreß der Methodistenkirche, der zurzeit in Atlanta im Staate Georgia (USA.) tagt, beschloß die Einsetzung eines Ausschusses „Friede durch Gerechtigkeit“, dem der Auftrag erteilt wurde, für die Revision des Artikels 231 des Versailler Vertrages über die Kriegsschuld zu wirken. Ueber 2000 Pastoren der internationalen Methodistenkirche haben sich bereits für die Aufhebung dieses Artikels erklärt.